



Informationen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am 28. September 2010 das Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform (KomVwRGrG) beschlossen.

Diese Reform hat laut dem Ministerium des Innern und für Sport, Mainz, folgende Gründe:

1. Die demografische Entwicklung (= Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft) in Rheinland Pfalz ist nach einer mittleren Berechnungsvariante des Statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2050 rückläufig. D.h., in unserem Bundesland werden zu diesem Zeitpunkt immer weniger Menschen leben. Und diese Menschen werden darüber hinaus immer älter.
Für die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz bedeutet dies, dass für weniger Menschen auch weniger Verwaltungsdienstleistungen benötigt werden.
2. Ein weiterer Grund für die Reform liegt darin, dass sich die Erbringung von administrativen Verwaltungsleistungen durch verbesserte Abläufe in den Bereichen EDV und Telekommunikation verändert haben. Dadurch können die anfallenden Aufgaben einfacher und schneller abgewickelt werden.
Die technische Entwicklung in diesen Bereichen wird sich fortsetzen und die Arbeitsweise weiter positiv verändern.
3. Die öffentlichen Haushalte sind in finanzieller Hinsicht überlastet. Die Abnahme der Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter wird nicht zu einer Entspannung der Haushaltssituation führen. Weniger Bevölkerung bedeutet daher auch allgemein weniger Einnahmen.

Aus diesem Grund muss zukünftig mit den dann vorhandenen Ressourcen wirtschaftlicher umgegangen werden. Auch erwartet man sich durch die Zusammenlegung von Gebietskörperschaften und deren Verwaltungen mittel- bis langfristig niedrigere Personal-, Verwaltungs- und Betriebsausgaben.

Beim Zusammenschluss von Gebietskörperschaften setzt das Land bei den betroffenen Kommunen zunächst auf die Erarbeitung einer freiwilligen Lösung. Dabei kann sich jede in Frage kommende verbandsfreie Gemeinde oder Verbandsgemeinde auf freiwilliger Basis mit einem oder mehreren Nachbarn über einen möglichen Zusammenschluss beraten. Bei einer Einigung über eine Fusion wird das Land Rheinland-Pfalz diese Entscheidung respektieren.

Diese sogenannte „Freiwilligkeitsphase“ endet am **30.06.2012**.

Ein freiwilliger Zusammenschluss hat den Vorteil, dass man sich grundsätzlich seinen Partner selbst aussuchen kann. Auch die inhaltliche Ausgestaltung dieser Fusion hat man weitgehend in der eigenen Hand.

Wird jedoch bis zum 30.06.2012 keine freiwillige Lösung herbeigeführt, wird nach vorheriger Anhörung der beteiligten Gebietskörperschaften, **ohne deren Zustimmung**, ein Zusammenschluss vom Land Rheinland-Pfalz durch Gesetz herbeigeführt.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2 und 3!

Informationen zur Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz

- Fortsetzung der Titelseite -

Auswirkungen für die Einwohner:

Die Einwohner einer Kommune sollen auch bei einer Zusammenlegung von Gebietskörperschaften auf die gewohnten und notwendigen Behördengänge, wie z. B.:

- Beantragung und Abholung von Personalausweisen und Reisepässen,
- polizeiliche An- und Abmeldungen,
- Barzahlung von allen städtischen Gebühren, Abgaben und Steuern,
- An- und Abmeldung von Hunden,
- Abgabe von Bauanträgen,
- usw.

vor Ort nicht verzichten müssen. Vielmehr würde darüber hinaus bei einer Stärkung der Verwaltungskraft die Möglichkeit bestehen, den Kommunen zusätzliche Aufgaben zu übertragen. Diese zusätzlichen Aufgaben würden dann zu einer verbesserten Bürger-, Sach- und Ortsnähe führen. Denkbar wären hier z. B.:

- Zulassung und Abmeldung von Kraftfahrzeugen und
- weitere Bürgerserviceleistungen auf Grund der Größe der neuen Verbandsgemeinde

Diese zuletzt genannten Aufgabenübertragungen sind allerdings von der Zahl der Einwohner abhängig und erst bei einer „Dreier-Lösung“ (= Fusion mit den Verbandsgemeinden Eich und Westhofen) möglich!

Die Stadt Osthofen ist bestrebt, dass bei einer Neugründung einer Verbandsgemeinde der Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung in Osthofen sein wird.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Osthofen:

Der Stadtrat der Stadt Osthofen hat beschlossen, eine freiwillige Bürgerbefragung durchzuführen.

Jede Bürgerin/jeder Bürger, der zum Stichtag 15. Januar 2011 für die Kommunalwahlen wahlberechtigt ist, bekommt hierfür auf dem Postweg Mitte Januar 2011 einen Fragebogen mit entsprechendem Informationsmaterial zugeschickt. Dieser Fragebogen soll anhand einer Ankreuzmöglichkeit ausgefüllt und wieder an die Stadtverwaltung Osthofen zurückgegeben oder kostenfrei per Post zurückgeschickt werden. Ein Muster des Fragebogens ist unten abgebildet.

Hinweis

Die Versendung der Unterlagen wird als Info-Brief erfolgen. Wir bitten um Beachtung!

Der Fragebogen muss bis spätestens **30. Januar 2011** wieder bei der Stadtverwaltung Osthofen eingegangen sein.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an unseren Mitarbeiter, Herrn Lang, unter der Tel.-Nr.: 06242/5004-42.

Stadtverwaltung Osthofen
Osthofen, 10.11.2011
gez. Bernd Müller, Bürgermeister

Fragebogen

für die freiwillige Teilnahme an der
Bürgerbefragung zur Kommunal- und
Verwaltungsreform:

Ich wünsche einen Zusammenschluss
der Stadt Osthofen mit den Verbands-
gemeinden Eich und Westhofen zu
einer neuen Verbandsgemeinde
(sogenannte Dreier-Fusion!).

Muster

Wichtig:

Sie haben 1 Antwortmöglichkeit. Mehrere Kennzeichnungen oder keine Kennzeichnung
führen zur Ungültigkeit des Fragebogens!

Antwortmöglichkeiten:

☐ **JA**☐ **NEIN**

Hinweis: Die Teilnahme ist freiwillig!